# IG BAU kritisiert fehlende Schutzmasken für Reinigungskräfte im Kreis Unna



Gebäudereinigerinnen leisten durch ihre Arbeit einen Beitrag gegen die Infektionsgefahr in Betrieben, Büros und Behörden. Dennoch bleiben sie oft auf den Kosten für den eigenen Gesundheitsschutz sitzen, bemängelt die zuständige Gewerkschaft IG BAU. Foro: IG BAU

Sie kümmern sich um die Hygiene in Büros, Schulen und Krankenhäusern – müssen sich aber um die eigene Gesundheit Sorgen machen: Nach Einschätzung der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) stehen einem Großteil der Reinigungskräfte im Kreis Unna nicht genügend kostenlose Atemschutzmasken zur Verfügung. Immer wieder komme es vor, dass Reinigungsfirmen beim

Arbeitsschutz knausern und Beschäftigte den dringend benötigten Mund-Nasen-Schutz aus der eigenen Tasche bezahlen müssen, so die Gewerkschaft. „Es kann nicht sein, dass ausgerechnet die Menschen, bei denen das Einkommen kaum für Miete und Lebensunterhalt reicht, auf den Kosten der beruflich genutzten Masken sitzen bleiben. Besonders schwer ist es für Teilzeitkräfte und Minijobber. Das muss sich schnell ändern“, sagt IG BAU-Bezirksvorsitzender Friedhelm Kreft. Nach Angaben der Arbeitsagentur gibt es im Kreis Unna rund 2.900 Beschäftigte in der Gebäudereinigung.

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz zähle zu den Fürsorgepflichten des Arbeitgebers, betont Kreft. Daran dürfe nicht gespart werden – „das Tragen einer Atemschutzmaske ist aktuell Pflicht und erst recht notwendig, wenn Beschäftigte sich am Arbeitsplatz einer erhöhten Infektionsgefahr aussetzen“. Die IG BAU Westfalen Mitte-Süd ruft die Reinigungsfirmen in der Region dazu auf, umgehend für ausreichend Atemschutzmasken zu sorgen, am besten nach dem FFP2-Standard. „Betroffene berichten davon, dass sie bislang – wenn überhaupt – nur eine einfache OP-Maske kostenlos bekommen. Wenn es nach dem Arbeitgeber geht, soll die dann mehrere Tage halten. Wer den Mundschutz mehrmals täglich wechselt, muss dafür selbst aufkommen“, berichtet der Gewerkschafter. Dieser Missstand müsse dringend behoben werden.

Wichtig sei, dass die Firmen die besten Masken für die Sicherheit der Beschäftigten zur Verfügung stellen und über den richtigen Gebrauch der sogenannten Aerosol-Filter informierten. „Vom Verformen des Nasenclips bis hin zum Aufsetzen mit vier Fingern, damit die Maske an der Haut abschließt – hierfür sollte es im Betrieb eine Anleitung geben“, so Kreft. Aus Sicht der IG BAU muss für das Tragen der Atemschutzmaske der Erschwerniszuschlag im Rahmentarifvertrag gezahlt werden. „Viele Firmen verweigern diese Zulage. Wer stundenlang unter einer Maske körperlich schwer arbeitet, hat

den Lohnaufschlag verdient.“

---

# Polizeihubschrauber kreist über Bergkamen nach Einbruch in ein Juweliergeschäft in Werne

Heute am frühen Morgen kreiste ein Polizeihubschrauber über Bergkamen. Er unterstützte die Fahndung nach zwei flüchtigen Tätern, die in ein Juweliergeschäft in Werne eingebrochen waren

Zwei bislang unbekannte Täter haben am Donnerstag gegen 04.00 Uhr mit einem Hammer die gesicherte Schaufensterfront eines Juweliers in der Steinstraße in Werne eingeschlagen. Als die Polizei eintraf, flohen die Männer mit einem Motorroller. Eine sofort eingeleitete Nahbereichsfahndung mit Unterstützung eines Hubschraubers verlief ergebnislos.

Erst am Tatort stellten die Einsatzkräfte fest, dass an ihren Dienstfahrzeugen die Reifen zerstochen waren, sodass die weiteren Fahndungsmaßnahmen von umliegenden Wachen und Behörden durchgeführt wurden.

Bei der Tatausführung hat sich mindestens einer der beiden Täter verletzt. Angaben zu einer möglichen Beute können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gemacht werden. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

Zeugen, die verdächtige Beobachtungen gemacht haben, werden gebeten, sich mit Hinweisen an die Wache Werne unter der

Rufnummer 02389-921 3420 zu wenden.

---

# Willy-Brandt-Gesamtschule nimmt zum zweiten Mal am Bildungsprogramm Erasmus+teil



Schulen aus sechs Ländern arbeiten mit dr Willy-Brandt-Gesamtschule am neuen Erasmus-Programm „Nachhaltig denken – Verantwortungsvoll handeln“. Foto: E. Gündüz (Klasse 8a)

Nach dem erfolgreichen Projekt „Erste-Hilfe über Grenzen – First aid across borders“, in dessen Rahmen der Schulsanitätsdienst der Willy-Brandt-Gesamtschule erweitert und die Erste-Hilfe in die Curricula der Fächer NW und Biologie aufgenommen wurde, startet die Willy-Brandt-Gesamtschule nun mit fünf Partnerschulen und Ländern das neue Projekt „Nachhaltig denken – Verantwortungsvoll handeln – Think sustainably – Act responsibly“.

Das Erasmus-Projekt zielt einerseits auf die europaweite

Vernetzung von Partnerschulen, andererseits aber auch auf die Förderung von Nachhaltigkeit und steht somit in Verbindung zu Projekten wie „Schulgarten“ und „Talentschule“. Das übergeordnete Ziel des Projekts ist es, Nachhaltigkeit in ihren vielen Dimensionen zu sehen und fächerübergreifend – ganzheitlich und kompetenzorientiert – zu vernetzen und zu vermitteln. Das im März 2020 durch die Willy-Brandt-Gesamtschule eingereichte Projekt wurde Anfang Oktober 2020 von der EU genehmigt und wird mit über 32.000€ pro Land durch Erasmus+ gefördert.

Gerade in der Coronazeit ist die Freude über die Unterstützung des Projekts durch das Erasmus+- Programm enorm groß. Der Arbeitskreis Schulpartnerschaften der Willy-Brandt-Gesamtschule berichtet, dass trotz Corona-Lockdown alle geplanten Aktivitäten, die Reisen ausgeschlossen, bisher durchgeführt werden konnten.

Im Fach „Soziales Lernen“ haben sich bereits einige Klassen mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinandergesetzt. Sie haben zu dem Thema Fragebögen ausgefüllt und ausgewertet sowie Brainstorming-Diagramme und Logos erstellt. Zwischen den Ländern läuft im Moment eine Logo-Challenge. Nach einer Jurierung der erstellten Logos wird das zum Thema zutreffendste und ästhetisch ansprechendste Logo auf allen Dokumenten, die im Rahmen des Projekts entstehen, seinen Platz finden.

Auch wurden die Erasmus-Days geehrt. Die Schülerinnen und Schüler der Willy-Brandt-Gesamtschule haben, um den Gedanken „Gemeinsam sind wir stark, gemeinsam können wir etwas bewegen“ zum Ausdruck zu bringen, die Flaggen der sechs Länder in Form eines Puzzles angefertigt. Mit der Zusammensetzung der Puzzleteile kommen die Flaggen der sechs Länder zum Vorschein. Diese Message des Projekts wurde mit einer Drohnenaufnahme festgehalten.

Mit großer Hoffnung warten die sechs Schulen auf reale

Begegnungen. Virtuelle Begegnungen über Zoom und BigBlueButton fanden zwischen den Schulen bereits mehrmals in englischer Sprache statt und sind auch weiterhin angedacht. Die Schülerinnen und Schüler der sechs Länder traten sich sogar digital in einem Quizduell gegenüber. Dieses bereitete den Schülerinnen und Schülern große Freude. Auch haben sich einige schon gegenseitig bei Instagram geaddet. Gerade in Zeiten der Digitalisierung und der Corona-Pandemie können Schülerinnen und Schüler so durch „Learning by doing“ verschiedene Orte der digitalen Begegnung und zahlreiche Tools kennenlernen und anwenden. Außerdem verbessern sie ihre Englischkenntnisse.

---

# Server defekt: Kein Distanzunterricht möglich und auch Lehrerkonferenz des Gymnasiums betroffen

Der Defekt am Server von Helinet hat sich unmittelbar auf den Unterricht an den Bergkamener Schulen ausgewirkt.

Am Anfang der Woche konnten weder die Freiherr-vom-Stein-Realschule noch das Städt. Gymnasium ihren normalen Unterricht auf Distanz abhalten. Beide Schulen und auch die VHS der Stadt Bergkamen verfügen über einen Internetanschluss, der über eine Richtfunkstrecke zu den Schulen geführt wird. Auf diese Art werden Bandbreiten in den Schulen erreicht, die sonst nur durch ein Glasfaseranschluss erzielt werden können. Das System, dass in der Regel sehr stabil läuft, war durch den Defekt bei Helinet direkt betroffen. Auch eine Lehrerkonferenz am Städt. Gymnasium Bergkamen konnte nicht wie geplant zu Ende

geführt werden.

„Für alle drei Einrichtungen waren die Ausfälle sehr ärgerlich, zumal der Unterricht auf Distanz gut vorbereitet und nach den Weihnachtsferien sehr gut angelaufen war“, erklärt Andras Krey vom Schulverwaltungsamt.

---

# Coronavirus: Zwei Frauen aus Bergkamen gestorben und 12 Neuinfektionen

Heute sind der Gesundheitsbehörde sieben weitere Todesfälle im Kreis Unna im Zusammenhang mit Corona gemeldet worden. Verstorben sind zwei Frauen aus **Bergkamen** im Alter von 86 und 84 Jahren am 20. Januar und am 29. Dezember, ein Mann aus **Kamen** im Alter von 84 Jahren am 23. Dezember, eine Frau aus **Lünen** im Alter von 52 Jahren am 20. Januar, zwei Frauen aus **Schwerte** im Alter von 99 und 96 Jahren am 16. Dezember und 26. Dezember sowie ein Mann aus **Werne** im Alter von 70 Jahren am 21. Dezember.

72 neue Fälle sind heute gemeldet worden, 12 in Bergkamen. Insgesamt sind damit im Kreis Unna 11.203 Fälle gemeldet worden, 1623 in Bergkamen. 147 Personen mehr als gestern gelten als wieder genesen, zwei in Bergkamen. Damit sinkt die Zahl der aktuell infizierten Personen auf 901, in Bergkamen steigt sie um acht auf 116.

#Der maßgebliche 7-Tages-Inzidenzwert pro 100.000 Einwohner wird vom Landeszentrum Gesundheit veröffentlicht. Für den Kreis Unna ird dort der Inzidenzwert mit 119 (minus 2,3) angegeben

# Keine reguläre Betreuung in Kitas: Stadt verzichtet für Januar auf Elternbeiträge

Pandemiebedingt ist in den Kindestagesstätten in NRW und in den allgemeinbildenden Schulen momentan eine reguläre Betreuung infolge der geltenden Coronabetreuungsverordnung nicht möglich. Lediglich wenige Kinder sind in diesen Einrichtungen im Zuge von begründeten Notbetreuungen aktuell anwesend.

Für die Kindertageseinrichtungen gilt ab dem 11.01.2021 ein sogenannter eingeschränkter Pandemiebetrieb. Die Betreuungszeiten pro Kind sind generell um 10 Wochenstunden verringert, damit die vorgegebene strenge Gruppentrennung eingehalten werden kann. Außerdem hat die Landesregierung an die Eltern appelliert, ihre Kinder möglichst zu Hause zu betreuen, um die Kitas zu entlasten und Kontakte zu vermeiden.

Für die Kindertagespflege gelten zwar die Einschränkungen des Betreuungsumfanges nicht, jedoch richtet sich der Appell der Landesregierung, die Kinder selbst zu betreuen, auch an Eltern, die Kindertagespflege in Anspruch nehmen.

Solche Umstände haben bereits mehrfach im Jahr 2020 vorgelegen. Aus diesem Grunde wurde seinerzeit im April und von Juni bis Juli 2020 aufgrund von Erlassen der zuständigen Ministerien für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW und des Ministeriums für Schule und Bildung NRW angeordnet, es sollte auf die Erhebung der entsprechenden Elternbeiträge von allen Beitragspflichtigen verzichtet werden. Das sollte auch für Eltern gelten, die ihre Kinder in einer Notgruppe betreuen

lassen.

Gleiche Beschränkungen für den Besuch von Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und der Grundschulen mit deren außerunterrichtlichen Angeboten liegen aktuell wieder vor.

„Entsprechende Empfehlungen oder Weisungen der zuständigen Ministerien zum Beitragserlass fehlen aktuell aber noch“, so Bergkamens zuständige Beigeordnete Christine Busch. Sie hat das Thema daher im Verwaltungsvorstand der Stadt Bergkamen konkretisiert, welcher dann in dieser Woche entschieden hat, auf die diesbezüglichen Elternbeiträge generell und die Beiträge für das Mittagessen in den städtischen Einrichtungen im Monat Januar zu verzichten.

Im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung hat Bürgermeister Bernd Schäfer nach Abstimmung mit der Beigeordneten Christine Busch, dem bislang stellv. Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses, Thomas Heinzel und der Vorsitzenden des Ausschusses für Schule, Sport und Weiterbildung, Martina Plath, nun entschieden, für den laufenden Monat auf diese Beiträge in Höhe von rund 145.000 Euro zu verzichten. Bis zur nächsten Ratssitzung im Februar sollte ausdrücklich nicht gewartet werden.

Die Stadt Bergkamen verfährt somit ähnlich wie viele, aber längst nicht alle Städte und Gemeinden in NRW.

„Nicht nur weil entsprechende Elternnachfragen zu Hauf eingehen, sondern auch im Zuge von sozialer Gerechtigkeit in dieser Situation wollten wir so entscheiden“, so die zuständige Beigeordnete Christine Busch. Natürlich hoffe man auf eine 50%ige Beteiligung der Landesregierung wie im letzten Jahr, wisse dies aber eben noch nicht. Wie sich dies im Februar gestaltet, werde man nach den nächsten Entscheidungen der Landes- und Bundesregierung zum Lockdown beraten.

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung werden die Beiträge, die bereits eingezogen wurden, nicht an die Eltern erstattet,

sondern mit dem in Kürze fällig werdenden Februar-Beitrag verrechnet.

Eltern, die keine Einzugsermächtigung erteilt haben, werden gebeten, die Überweisung Anfang Februar nicht vorzunehmen.

---

# Coronavirus: Vier weitere Todesfälle im Kreis Unna – 21 Neuinfektionen in Bergkamen

Heute sind der Gesundheitsbehörde vier weitere Todesfälle im Zusammenhang mit Corona gemeldet worden. Verstorben sind eine Frau aus **Bönen** im Alter von 71 Jahren am 19. Januar, eine Frau aus **Lünen** im Alter von 50 Jahren am 18. Januar, ein Mann aus **Schwerte** im Alter von 68 Jahren am 18. Januar sowie eine Frau aus Schwerte im Alter von 91 Jahren am 30. Dezember.

96 neue Corona-Fälle im Kreis Unna  sind heute gemeldet worden, davon 21 in Bergkamen. Insgesamt sind damit im Kreis Unna 11.131 Fälle gemeldet worden, 1611 in Bergkamen. 71 Personen mehr als gestern gelten als wieder genesen, 15 in Bergkamen. Damit steigt die Zahl der aktuell infizierten Personen auf 983, in Bergkamen auf 108.

Der maßgebliche 7-Tages-Inzidenzwert pro 100.000 Einwohner wird vom Landeszentrum Gesundheit veröffentlicht. Der Inzidenzwert für den Kreis Unna wird dort mit 121,3 (minus 1,0) angegeben.

# Schulpsychologische Beratungsstelle informiert über „Schulabsentismus“: Corona verschärft Probleme

Angst vor Mobbing, Leistungs-Überforderung oder soziale Ängste – die Gründe, warum Schülerinnen und Schüler nicht mehr zur Schule gehen, können vielfältig sein. „Schulabsentismus“ nennen die Fachleute das Problem. Und das kommt – auch aufgrund der Corona-Pandemie – immer häufiger vor, wie die Schulpsychologische Beratungsstelle für den Kreis Unna jetzt festgestellt hat.

„Seit dem elfjährigen Bestehen der Schulpsychologischen Beratungsstelle nahm das Thema Schulabsentismus immer einen der Spitzenplätze in unserer Beratungsarbeit ein“, bilanziert Diplom-Psychologe Andreas Hunke, Leiter der Schulpsychologischen Beratungsstelle. „In den letzten Monaten zeichnete sich vor der erneuten Schulschließung eine Zunahme ab. Es kann plausibel angenommen werden, dass diese Entwicklung im Zusammenhang mit der Corona-Krise und den Corona-Maßnahmen steht.“

**Tendenz zum Fehlen**

Dabei zeigt sich, dass Schülerinnen und Schüler, die bereits vor dem ersten Lockdown im März 2020 eine Tendenz zum Fehlen zeigten, nach dem Lockdown, als Präsenzunterricht wieder möglich war, die Schule gar nicht mehr besuchten und sich teils kaum oder gar nicht mit dem Unterricht beschäftigen. Zusätzlich verlieren auch weitere Schülerinnen und Schüler den Bezug zur Schule.

Für einige Schülerinnen und Schüler hat sich durch die Corona-Pandemie eine Situation ergeben, die sie psychisch stark belastet. So können z.B. Zukunftsängste, Leistungsängste und Sorgen vor Ansteckung eine Rolle spielen. „Diese Schülerinnen und Schüler schaffen es aufgrund der psychischen Belastung nicht mehr, sich auf die schulischen Anforderungen einzulassen“, ergänzen die Diplom-Psychologinnen Kirsten Solberg und Stefanie Lippelt. „Für andere Schülerinnen und Schüler war der regelmäßige Schulbesuch allerdings bereits längere Zeit – gegebenenfalls unbemerkt – eine große Herausforderung, welcher sie durch Struktur, Routine und stetiger Unterstützung begegnen konnten.“

**Angst nimmt zu**

Ein Beispiel: Einem Schüler mit sozialen Ängsten, dem die Begegnung mit Gleichaltrigen schwerfällt, verlangt der regelmäßige Schulbesuch einiges ab. Da er es allerdings gewohnt ist, jeden Tag zur Schule zu gehen, sich der Herausforderung zu stellen und zu erleben, dass die Situation nicht wirklich gefährlich ist, wird die Angst auf einem niedrigen Niveau gehalten.

Während der Zeit des Distanzunterrichtes begegnet er nun längerer Zeit nicht mehr seinen Mitschülerinnen und Mitschülern. Ebenfalls finden weniger andere soziale Kontakte statt. Dies führt, entgegen der intuitiven Annahme vieler Menschen, nicht dazu, dass die Angst verschwindet. Stattdessen nehmen Angst und das dazugehörige Vermeidungsverhalten zu. Wenn die Schule dann wieder zum Präsenzunterricht zurückkehrt, ist die Hürde für den Schüler viel höher geworden und möglicherweise ohne schnelle Hilfe unüberwindlich, wie die Schulpsychologische Beratungsstelle erklärt.

**Beratungsstelle unterstützt**

Erste Schulvermeidungstendenzen und Schulversäumnisse fallen durch die Auswirkungen der Corona-Krise auf Familien und Schulen möglicherweise nicht frühzeitig auf oder die

eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten verhindern, dass Schülerinnen und Schüler eine geeignete Unterstützung erhalten. Dies führt fast zwangsläufig zu einer Verfestigung des Problems.

Sehr zeitnahes Wahrnehmen und Handeln hat bei Schulabsentismus oberste Priorität, um einer negativen Entwicklung vorzubeugen. Beratung und Unterstützung bietet die Schulpsychologische Beratungsstelle für den Kreis Unna für Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern an.

Sie ist auch während des Lockdowns telefonisch und per E-Mail erreichbar. E-Mail: schulpsychologische-beratungsstelle@kreis-unna.de; Telefonisch ist das Team Nord (zuständig für Schulen in Bergkamen, Kamen, Lünen, Selm, Werne) unter Tel. 0 23 03 / 27 – 65 40 und das Team Süd (zuständig für Schulen in Bönen, Fröndenberg/Ruhr, Holzwickede, Schwerte, Unna) unter Tel. 0 23 03 / 27 – 75 40 erreichbar. PK | PKU

---

# Impfstart im Zentrum: Über 80-Jährige im Kreis Unna erhalten Einladung



Das Impfzentrum an der Platanenallee. Foto: Anita Lehrke – Kreis Unna

Seit Wochen impfen Ärzte im Kreis Unna Bewohner und Personal in den Einrichtungen der Altenpflege. Im Februar starten nun auch die Impfungen im Impfzentrum in Unna. Alle über 80-Jährigen, die nicht in Einrichtungen leben, erhalten in den nächsten Tagen einen Brief vom Landrat und ihrer Bürgermeisterin oder ihrem Bürgermeister, in dem genau erklärt wird, was zu tun ist, wenn sie geimpft werden wollen.

Nach der Vorgabe der Bundes-Impfverordnung sind alle Bürgerinnen und Bürger, die das 80. Lebensjahr vollendet haben, als erste an der Reihe. Sie können, so hat es das Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) vorgegeben, ab Montag, 25. Januar 2021, Impf-Termine vereinbaren. Telefonisch ist dies unter den kostenlosen Rufnummern 116 117 sowie 0 800 /116 117 02 und online unter www.116117.de möglich. Eine Terminvergabe vor dem 25. Januar findet nicht statt, es gibt auch keine Wartelisten.

Ohne Termin keine Impfung
Eine Vorsprache am Impfzentrum ohne Termin, aber auch ohne Impfberechtigung ist nicht möglich. Da die Impfverordnung des Bundesgesundheitsministeriums die Reihenfolge der Impfungen festlegt, werden Menschen am Impfzentrum abgewiesen, wenn sie erscheinen, obwohl sie aktuell nicht impfberechtigt sind.

Landrat Mario Löhr und die zehn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister appellieren: „Bitte nehmen Sie die Möglichkeit zur Impfung wahr – Sie schützen sich selbst und helfen mit, Schritt für Schritt zur Normalität unseres Lebens zurückzukehren.“ Sie bitten darum, dass nur diejenigen einen Termin vereinbaren, die auch tatsächlich nach der Impfpriorität dran sind – und dann auch tatsächlich zum Termin zu erscheinen. „Sonst werden dringend benötigte Kapazitäten blockiert.“

**Anfahrt mit Pkw oder ÖPNV**
Wer mit dem Auto kommt, gibt am besten die Anschrift des Impfzentrums des Kreises Unna, Platanenallee 20, 59425 Unna, ins „Navi“ ein. Es stehen ausreichend Parkplätze zur Verfügung.
An die Familien, aber auch an Freunde, Bekannte und Nachbarn, geht der dringende Apell, die Impflinge zu begleiten oder – noch besser – sie zum Impfzentrum zu bringen.

Mit dem Bus ist das Impfzentrum über die Haltestelle „Unna Kreishaus“ mit den Linien R 81 und S 81 oder an der Haltestelle „Märkische Berufsschule“ mit den Linien C 23 und C 43 zu erreichen. Von beiden Haltestellen sind es noch zwischen 300 und 500 Meter Fußweg.

Die Fahrt mit Bus oder Bahn zum Impftermin und zurück ist für den Impfling und eine Begleitperson innerhalb des Kreises Unna kostenlos. Welche Verbindungen in Frage kommen, kann bequem über die Fahrplanauskunft der VKU unter Tel. 0 18 06 50 40 30 (20 Cent pro Anruf) erfragt werden. Hilfreich sind auch die elektronische Auskunft unter www.fahrtwind-online.de und die

fahrtwind-App.

Weitere Informationen unter www.kreis-unna.de/impfzentrum. PK | PKU

---

# Freiwilliges Ökologisches Jahr: Kreis Unna hat freie Plätze




So könnte der neue Arbeitsplatz aussehen: Die Ökologiestation des Kreises Unna in Bergkamen. Foto: Ralf Sänger

Umweltpädagogik, Landschaftsbau oder Natur- und Gewässerschutz – ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) bietet viele Möglichkeiten. Interessierte können sich ab dem 1. Februar 2021 wieder online bewerben und den Freiwilligendienst im Kreis Unna absolvieren.

Willkommen sind vor allem Schulabgänger mit Haupt- oder Realschulabschluss zwischen 16 und 27 Jahren. Ab August können sich die FÖJler dann für den Natur- und Umweltschutz engagieren und dabei nicht nur in Sachen Umwelt Erfahrungen sammeln. Ermöglicht werden Einblicke in verschiedene ökologische Berufsfelder. Es gibt sogar ein kleines Taschengeld und geregelten Urlaub.

**Einsatzstellen und Aufgaben**
Einsatzstellen sind in der Waldschule Cappenberg und beim Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen – Haus Villigst in Schwerte. Auch der Kreis Unna bietet mit der Biologischen Station und dem Umweltzentrum Westfalen in der Ökologiestation des Kreises Unna in Bergkamen die Möglichkeit, das FÖJ zu absolvieren.

Das Aufgabenspektrum umfasst im Wesentlichen die praktische Naturschutzarbeit wie Landschaftspflege, Artenschutz und Gewässerpflege aber auch umweltpädagogische Arbeit. Außerdem nehmen die FÖJler an begleitenden Bildungsseminaren teil.

Bewerbungen sind ab dem 1. Februar 2021 ausschließlich über das Online-Bewerbungsverfahren des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe unter https://lwl-foej-bewerbung.de/ möglich. PK | PKU

# Aktionskreis setzt sich für den Erhalt des verbliebenen Förderturms von Haus Aden ein

In einem Brief an Bürgermeister Bernd Schäfer und an die Bergkamener Ratsfraktionen setzt sich der Aktionskreis Wohnen und Leben Bergkamen für den Erhalt des Förderturms von Haus Aden und für die Reinigung des Grubenwassers mit Aktivkohlefiltern ein, um es von PCB zu reinigen.

Hier der Brief des Aktionskreises im Wortlaut:

*„Auch der Aktionskreis Wohnen und Leben kann sich den Erhalt des Förderturms auf Haus Aden vorstellen und hält diese Forderung der ehemaligen Bergleute der Zechen Haus Aden und Grimberg 3/4 (Geschichtskreis) für nachvollziehbar. An die belastenden Folgen der Steinkohle-Ära in Bergkamen zu erinnern, z.B. durch Informationstafeln oder Stelen bzw. Aussichtsplattformen im gesamten Ruhrgebiet, die die Veränderung der Landschaft (z.B. Bergsenkungen, Bäche-/ Flussregulierungen) deutlich machen, aber ebenso.*

*Die öffentlich geführte Diskussion darüber, Versetzung des Förderturms wg. des Baus eines Grubenwasserhebewerks der RAG an dieser Stelle, verdeckt aber das eigentliche Problem. Wichtiger als eine „architektonisch anspruchsvolle Hülle“ für das geplante Bauwerk zum Preis von 2,7 Mio €, die vom Bundesinnenministerium mit über 1,4 Mio € gefördert werden soll, ist unserer Meinung nach, das krebserregende PCB möglichst effektiv aus dem Grubenwasser zu eliminieren. Verseuchtes Grubenwasser, wie geschehen, einfach in die Lippe abzuleiten, darf keine Option mehr s ein. Auch hier müssten endlich die Wasserrahmenrichtlinien (WRRL, Wichtigstes Ziel der Richtlinie ist es,europaweit die Qualität der Oberflächengewässer und des Grundwassers deutlich zu*

*verbessern. Innerhalb von maximal drei Bewirtschaftungszeiträumen 2009-2015, 2016-2021 und 2022-2027 soll der gute ökologische und der gute chemische Zustand der Gewässer und des Grundwassers erreicht werden.) der EU/des Landes NRW durchgesetzt werden.*

*Das würde bedeuten, dass ein 2016 im Auftrag des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz erstelltes „PCB-Eliminations-Gutachten" (Aktivkohleverfahren) umgesetzt wird. Dieses jedoch ist der RAG zu teuer. Der Rat der Stadt Bergkamen hat bislang in seiner großen Mehrheit nicht erkennen lassen, dass ihm die Lösung dieses Problems dringlicher erscheint, als ein schön gestaltetes Pumpengehäuse wg. des im Bau befindlichen neuen Stadtquartiers „Wasserstadt Aden" zu bekommen. Auffällig ist dann aber schon, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD im Rat der Stadt Bergkamen und Landtagsabgeordnete Rüdiger Weiß im vergangenen Jahr eine „Kleine Anfrage" an die Landes-regierung bezüglich einer weiteren PCB Belastung im Umfeld des Gewerbeparks Neu-Monopol und des Chemieparks Bergkamen gerichtet hat.*

*Eine Einwohnerfrage des Aktionskreises in der Ratssitzung v. 10.12.2020 zu einer denkbaren Klage der Stadt Bergkamen gegen die RAG wegen des Grubenwasseranstiegs und der ungelösten PCB-Problematik wurde seitens der Verwaltung erst im Rahmen der Rats-Niederschrift beantwortet mit, dass „die Bezirksregierung Arnsberg…den Abschlussbetriebsplan im Dezember 2017 genehmigt (habe)" und „die Rechtsbehelfsfrist in diesem Verfahren… abgelaufen (sei), so dass die Frage nach einer Klage ins Leere geht".*

*Die Verwendung der Fördergelder des BundesInnenministeriums für eine „architektonisch anspruchsvolle Hülle" lehnen wir ab. Es wäre die Pflicht der RAG, eine Standort adäquate Lösung zu planen und auch zu finanzieren. Vorstellbar wäre nur, dass die bereits genehmigten Mittel umgewidmet werden könnten, um den*

*Förderturm an der Stelle zu belassen. Die RAG Deutsche Steinkohle müsste unserer Meinung nach ein Konzept entwickeln, wie das zu errichtende Pumpengehäuse in das Schachtgerüst eingepasst werden kann. Das Motto: „Was nicht passt, wird passend gemacht“, haben wir in der Vergangenheit oft vernommen. Abschließend stellt sich die Frage, wer für die Unterhaltungskosten der teuren Hülle aufkommen würde.“*